

17. Wahlperiode

Antrag

der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, Martin Burkert, Michael Groß, Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Hacker, Johannes Kahrs, Gustav Herzog, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Kein Weiterbau von Stuttgart 21 bis zur Volksabstimmung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Großprojekt Stuttgart 21 und die damit verbundene Neubaustrecke Wendlingen-Ulm beinhalten viele positive Elemente, die in den vergangenen Jahren von Sozialdemokraten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit entwickelt und unterstützt worden sind. Unbestritten ist, dass der Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs positive Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklung, den Ausbau des Regionalverkehrs und die Anbindung der Landeshauptstadt an das europäische Schienennetz hat.

Das Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen/Ulm entzweit jedoch die Bevölkerung. Die Zustimmung zu diesem Vorhaben bröckelt. Zehntausende sind in Stuttgart auf den Straßen. Die Politik hat Vertrauen verloren.

In der Wahrnehmung vieler Bürger erscheinen heute die Nachteile viel gravierender als die Vorteile. Über Jahre hinweg haben die Projektträger sich auf den klaren Mehrheitsbeschlüssen ausgeruht, anstatt die Bürgerschaft auf den langen Weg der Planung und Umsetzung mitzunehmen.

Das Projekt ist weit fortgeschritten, die Beschlüsse, die Verträge und die begonnenen Arbeiten sind nach bestem Wissen und Gewissen mit den notwendigen Mehrheiten gefasst worden. Gleichwohl müssen wir feststellen, dass die bisherige Legitimationsgrundlage nicht ausreicht, um die zunehmende Zahl der Kritiker zu überzeugen.

Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg sollen selbst über die Zukunft von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm im Rahmen einer landesweiten Volksabstimmung entscheiden können, auch im vollen Wissen über die Kosten und die Folgen eines Ausstiegs.

Große Verkehrsinfrastrukturprojekte leben von der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Kluge Politik wirbt, überzeugt, fördert Akzeptanz und führt vorurteilsfreie Dialoge.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Bis zu einer Volksabstimmung über das Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen/Ulm, wie von der SPD in Baden-Württemberg gefordert, mit der DB AG und dem Land Baden-Württemberg einvernehmlich ein sofortiges Ruhen der Bau- und Abrissarbeiten herbeizuführen und über die Planungsstände und Kostenentwicklungen umfassend zu informieren.

Berlin, 13.09.2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion